

Seite 2:

Analyse

Bei Natura 2000 hilft kein politisches Herumgezicke

VON PETER NINDLER

Die Europäische Union setzt einen explosiven Paukenschlag. Sie überzieht. Natur pur kann man dazu wohl sagen. Dass Österreich jetzt Hunderte Natura-2000-Gebiete nachnominieren soll, wird nämlich erneut den Frust auf die EU steigern statt die Selbsterkenntnis fördern. Schließlich müsste theoretisch jedes infrage kommende Schutzgebiet vorgeschlagen werden. Andererseits ist die Vorgangsweise der Kommission wohl als Reaktion auf die seit Jahren stümperhafte Ausweisungspolitik der Bundesländer zu sehen. Mehr als 20 Jahre nach dem EU-Beitritt schlampfen sie nach wie vor, wenn es darum geht, europäische Umweltstandards umzusetzen.

Angesichts der Tiroler Transitproblematik agiert die EU umweltpolitisch zweifelsohne widersprüchlich. Doch wegen mangelnder Natura-2000-Schutzgebiete hat Österreich seit Mai 2013 auch ein Vertragsverletzungsverfahren picken. Nur das zählt aus der Sicht der EU. Die in der Folge gemachten Ausweisungsangebote waren allerdings halbherzig, in Tirol wurde beispielsweise um jeden Quadratzentimeter gerungen. Ein Ufergewächs, die höchst schützenswerte Deutsche Tamariske, entlang der Osttiroler Gletscherflüsse symbolisierte die Auseinandersetzung. Zwar erhielt die gesamte Isel einen Schutzstatus, bei den Zubringern gab es jedoch regionalpolitische Abgrenzungskompromisse. Das Fimba- und Vesital im Bereich des Ischgler Piz Val Gronda hat die Landesregierung wegen zu heftigen Widerstands überhaupt ausgespart.

Wie die anderen Bundesländer so muss Tirol den Natura-2000-Prozess jetzt noch einmal aufsetzen. Der Handlungsspielraum ist nicht größer geworden. Im Gegenteil. Zumindest zündet die EU-Kommission nicht gleich die zweite Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens. Der Schuss vor den Bug sitzt dennoch gewaltig. Denn die EU hat detailliert aufgelistet, was noch fehlt. Mit schwammigen Protesten oder politischem Herumgezicke wird die schwarz-grüne Regierung aber nicht weiterkommen. Jetzt sind klare, nachvollziehbare Ausweisungsvorschläge gefragt. Keine politischen.

peter.nindler@tt.com